



## **Reform Partei der Schweiz (RPS)**

Parti réformiste de la Suisse (PRS) · Partito riformista della Svizzera (PRS)  
Postfach · CH-8600 Dübendorf · Tel. +41 (0)44 361 53 40 · E-mail: [rps-ch@bluewin.ch](mailto:rps-ch@bluewin.ch) · [www.rps-ch.ch](http://www.rps-ch.ch)

---

## **Thesen der Reform Partei der Schweiz (RPS)**

### **Schweiz:**

Die RPS stellt eine Landesgruppe der Europäischen Reform Partei dar. Einige Thesen, bzw. Feststellungen lauten:

### **1. Europa und staatspolitische Fragen**

- Viele Schweizerinnen und Schweizer empfinden Europa und auch den europäischen Föderalismus als Bedrohung. Tiefsitzende Ängste und Fehlbeurteilungen sind das Resultat mangelnder Kenntnisse des Bürgers. Hemmungslose Demagogie einiger Politiker, vor allem auf der rechts-konservativen und nationalistischen Seite, sind dafür mitverantwortlich. Die Ängste sind im Lande der Versicherungen Ausdruck mangelhaften Selbstvertrauens.
- Die Europäische Union ist für die Schweiz ein "Abfallhaufen", von dem es möglichst viel zu profitieren gilt. Weder Europa als Raum gemeinsamer Identität noch gemeinsamer Kultur, Vergangenheit, Sicherheit, Wirtschaft und Währung ist relevant. Wenn mittels bilateraler Verträge unter Minimierung der Kosten die Rosinen aus dem Kuchen geholt sind, ist die Sache erledigt. Die Neat (1. Paket der bilateralen Verträge) und das Bankgeheimnis (2. Paket) boten sich als willkommene Druckmittel gegenüber der EU an.

- Demgegenüber betrachtet die RPS das Land auch politisch als Teil Europas. Der in Ansätzen vorhandene und auszubauende europäische Föderalismus stellt die Verlängerung des schweizerischen Föderalismus dar.

Die RPS verlangt die Eröffnung von Verhandlungen der Schweiz mit der EU über einen Vollbeitritt. Die Übergangsfristen haben sich auf einige wenige Jahre zu beschränken.

- Die schweizerische Eidgenossenschaft ist in mancherlei Beziehung einzigartig. Gerade deshalb müssen ihre negativen Entwicklungen beseitigt werden.
- Das Regierungsprogramm der Regierung ist unverbindlich. Kein Regierungsmitglied - auch auf Bundesebene - kann gewählt werden aufgrund verbindlicher Aussagen. Dieses System des Kompromisses nach der "mittleren Unzufriedenheit", das wie ein roter Faden das gesamte schweizerisch politische System durchzieht, stellt eine Garantie gegen ganz schlechte Lösungen dar, es verhindert aber - Ausnahmen bestätigen die Regel - eine zukunftsweisende Politik. Da die unteren staatlichen Körperschaften und die Sozialpartner, bzw. Wirtschaftsverbände, auf dieselbe Art funktionieren, verstärken sie dadurch noch durch seine Hebelwirkung die lähmenden Mechanismen des Systems.
- Der Hauptgrund für diese Entwicklung liegt, was die staatspolitischen Institutionen betrifft, in der halbdirekten (Bund) und in der direkten Demokratie (Kantone). Sie ist zum Mythos geworden. Auch gute Prinzipien sollten nicht übertrieben werden. Als Symbole der Demokratie sollten Landsgemeinden nach wie vor - auf kantonaler

Ebene - mit Entscheidungskompetenzen - aufrecht erhalten werden. Im Bund sollten das Initiativrecht (Gesetzesinitiative) und das fakultative Gesetzesreferendum eingeschränkt oder aufgehoben werden. Diese Massnahmen müssten begleitet werden von der Einführung eines Bundesverfassungsgerichtshofes und der Verbesserung des Bundesverwaltungsgerichtes.

Das vorparlamentarische Verfahren, das vor allem den grossen Interessengruppen offen steht, beeinflusst die parlamentarische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Keine der daran teilnehmenden Personen ist in ihrer Funktion demokratisch gewählt.

- Das ursprünglich eingeführte Anhörungsrecht der grossen Wirtschaftsverbände und Sozialpartner war sinnvoll, da das Fachwissen dieser Verbände mitunter beträchtlich ist. Gleichzeitig muss aber betont werden, dass das Gesamtinteresse sich nicht aus der Summe der Partialinteressen zusammensetzt. Dies ist umso bedauerlicher, als der Trend zur Durchsetzung des Egoismus ansteigt, und das Parlament immer mehr von parlamentarischen Gruppen durchsetzt ist. Dadurch wird immer mehr das materielle Recht auf dem Verordnungsweg steigen und damit die Demokratie, ohne dass es die Öffentlichkeit zu Kenntnis nimmt, kaltschnäuzig untergraben.

Es ist nicht einfach, die Grenze zwischen legitimer Beeinflussung im Staat und in den Körperschaften auf der einen Seite, und Boykott auf der anderen Seite, zu unterscheiden. Die Problematik wird auch nicht durch neudeutsche Wörter wie Networking aus der Welt geschafft. Transparenz und Kontrolle sind die besten Gegenmittel. Nur wer in die Zukunft schaut und diese anpackt, hat Chancen, sie auch zu bewältigen. Zudem lebt der Mensch, aber auch der Staat, nicht von Brot allein. Satttheit und Selbstzufriedenheit sind nicht nur in

der Schweiz, aber gerade auch in der Schweiz, weit verbreitet. Die Schweiz sollte für uns nicht auf sich bezogen und unbeweglich, sondern solidarisch und fit sein.

## **2. Angewandte Wirtschaftspolitik**

- Die schweizerische Wirtschaft zeichnet sich im mikroökonomischen Bereich, d.h. in den marktnahen Bereichen, durch eine überdurchschnittliche Flexibilität aus. Ausnahme davon sind höchstens diejenigen Bereiche, welche durch Strukturen aller Art Renteneinkommen und damit Sonderinteressen schaffen. Auf makroökonomischer, wirtschaftspolitischer Seite liegen die Probleme komplizierter. Mit Ausnahmen der monetären Instrumente (der Einsatz der Nationalbank erfolgt sehr zögerlich) werden in der Schweiz auf keiner Ebene wirtschaftspolitische Instrumente eingesetzt oder dann - was hie und da vorkommt - viel zu spät. Die Wirkung dieser Massnahmen besteht dann häufig im Gegenteil, was man anstrebte. Konzepte für wirtschafts- und regionalpolitische Massnahmen gibt es praktisch keine. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Diese Mängel werden mit staatspolitischen Erwägungen verteidigt und unhaltbare Quervergleiche mit anderen Volkswirtschaften gemacht.

Demgegenüber fordert die RPS eine Wirtschaftskonzeption, die auf der Bundesebene festgelegt und die auf den unteren staatlichen Ebenen nicht durchkreuzt wird.

- Die Wachstumsdiskussion in der Schweiz wird überhaupt nicht, oder wenn, dann chaotisch geführt. Die Wachstumszwänge, hervorgerufen beispielsweise durch auf Sozialversicherungen, bleiben unklar: Es wird

nicht zwischen qualitativem und quantitativem Wachstum unterschieden: Die verschiedenen negativen Nebenwirkungen des quantitativen Wachstums in Bezug auf Ökologie, exogene Kosten (z.B. Strassenrechnung) oder psychische Schäden (IV-Rechnung!) werden leichtfertig zur Seite geschoben. Ausserdem muss das wirtschaftliche Wachstum immer grösser sein, als es die regenerativen Kräfte wirtschaftlich und sozial erfordern.

Dies gilt im besonderen Masse für die Schweiz, wenn wir eine differenzierte Schweiz erhalten wollen.

Die RPS verlangt eine entsprechende Wachstumskonzeption und Wachstumspolitik und wünscht, dass eine differenzierte Schweiz erhalten bleibt.

- Ob im Bereich der Energie oder des Verkehrs, das punktuelle Denken muss durch konzeptionelles, übergreifendes Denken auf allen Stufen ersetzt werden. Dies gilt insbesondere in der Regionalpolitik und der regionalen Förderung der Gebiete. Wenn die geplante Aufhebung der Lex Furgler vor der Etablierung und Durchsetzung einer relevanten Raumplang erfolgt, werden wir in Bezug auf die Zersiedlung, "Verhäuselung" und Zerstörung der Schweiz noch unsere wahren Wunder erleben.

Die RPS fordert eine Umkehr, auch wenn wir Schweizerinnen und Schweizer dabei über unseren eigenen Schatten springen müssen.

- Im mikroökonomischen Bereich sollte vermehrt darauf geachtet werden, dass das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt, z.B. das BIP, auf echten Leistungen beruht. Das Bankgeheimnis, vor allem den Steuerbehörden gegenüber, das international eingesetzte Prinzip der doppelten Strafbarkeit und aufgrund von monopolistischen

Marktabstottungen gewonnene Renteneinkommen senken den Wohlstand und ziehen das Ansehen des Landes in den Schmutz. Auch der Missbrauch der Aussenwirtschafts- und Neutralitätspolitik lässt sich durch kosmetisches Face Lifting nicht beseitigen. In manchen Bereichen geht es hier um das Eingemachte. Jeder Schweizer Bürger, der es wagt, in diesem Bereich von seinen verfassungsmässigen Rechten bezüglich der Meinungsfreiheit Gebrauch zu machen, wird seine Wunder erleben.

Die RPS fordert einen fairen Wettbewerb und den Verzicht auf die Ausnützung von Monopolstellungen. Vor allem lehnt sich die RPS gegen das korrumpierende Bankgeheimnis gegenüber den Steuerbehörden auf.

- Keine Politik kann im Gegensatz zur staatlichen Politik den Unternehmungen eine ethisch fundierte Unternehmenspolitik vorschreiben. Sie kann sie aber begünstigen und propagieren und Exzesse des Egoismus, wie sie in der sattsam bekannten "Abzockerei" in Erscheinung treten, entgegentreten.

Die RPS verlangt entsprechende Strafnormen. Das Denken in Zusammenhängen und Problemlösungen ist in der Schweiz noch immer selten. Dafür wird umso mehr Eigenlob zelebriert. Auch in der Wirtschaft soll und darf im Zeitalter der Globalisierung und der europäischen Integration das Eigenständige gepflegt werden. Wenn also ein Land wie die Schweiz nach wie vor Steuerflüchtlingen Schlupflöcher gewährt und damit sogar als Aussenseiter der Integrationsentwicklung eine katastrophale Politik betreibt, kann man sich über das Verhalten europäischer Magistraten und deren Lobhudeleien auf die Schweiz nur wundern.

Die RPS wird einem solchen Verhalten entgegentreten.

### **3. Sozialpolitische Fragen**

Die Gesellschaft ist in mancherlei Beziehung im Wandel begriffen. Allerdings gilt dies in zentralen Fragen nicht. Dieses Verhältnis zwischen Wandel und Konstanten löst Spannungen aus, die nur auf ethischer, im Rahmen der RPS auf christlicher Ebene, gelöst werden können. Viele sozialpolitische Probleme können auch nur unbefriedigend gelöst werden, weil die Mittel für deren Lösung falsch verteilt oder zu knapp sind.

- Das Drei-Säulenprinzip in der Altersvorsorge ist grundsätzlich ein gutes Prinzip. Es setzt allerdings die Beteiligung aller an der Vorsorge verantwortlichen Kreise voraus. Auch ist der demokratische Charakter der AHV vorbildlich. Allerdings war es ein Fehler, in den wirtschaftlich guten 50er, 60er und 80er Jahren den Umlageanteil der Finanzierung nicht zu vergrössern. Die Verteilung zwischen Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren sollte aufgrund ökonomischer Daten von Zeit zu Zeit neu festgelegt werden. Insbesondere die jüngeren Jahrgänge sollten vermehrt über die Konsequenzen fehlender Beitragsjahre auf die späteren Renten aufgeklärt werden. Die notleidende IV gilt es, mit einem Paket von Massnahmen zu sanieren. Mediziner, welche entsprechende Gefälligkeitsgutachten erstellen, ist die Bewilligung zur Führung einer Arztpraxis zu entziehen. Der 2. Säule kommt auf der Grundlage ihres Volumens eine zentrale volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Auf der einen Seite ist die Sicherheit der Pensionskassen von betrieblichen Übergriffen zu verstärken, und andererseits sollten die Anlagefonds der Kassen mehr Freiheit im Sinne der Verstärkung des Wettbewerbs bekommen. Höhere Renten für die Versicherten einer Unternehmung kämen

diesen ohne Zweifel sehr willkommen. Ob die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Beamten heute ausreicht, ist eine offene Frage. Sie sollten eher ausgedehnt werden.

- Im Sinne der persönlichen Vorsorge kommt der dritten Säule, der individuellen Vermögensbildung für das Alter, nach wie vor eine grosse Bedeutung zu. Noch immer ist diese Vermögensbildung beträchtlich. Ebenso klar ist aber auch, dass der zunehmende "Consumerism" mit seinen positiven ökonomischen Kompetenzen die Abhängigkeit besonders junger Menschen über Gebühr fördert und andere Ziele, z.B. Ausbildungsvorhaben, darunter leiden. Das Abzahlungsgeschäft sollte deshalb gesetzlich erschwert werden.

Nach wie vor sind die verschiedenen Formen der Erfolgsbeteiligung in Unternehmung und Betrieb in der Schweiz nicht nur gesetzlich, sondern auch gesamtarbeitsvertraglich unterentwickelt. So wären vor allem der Investivlohn und die Mitarbeiteraktie bei den Arbeitnehmern zu fördern. Ziel der Personalpolitik müsste es sein, das Personal zu Mitarbeitern zu machen, und den Verzicht auf extreme Spitzenentschädigungen, eine Form des Raubrittertums, zu fordern und die entsprechenden Voraussetzungen dafür zu schaffen.

- Ausgangspunkt jeder Gesellschaft und damit auch Objekt der Gesellschaftspolitik ist und bleibt die Familie. Jede Partei muss sich entscheiden, ob sie dem momentanen Trend folgen, ob sie als "trend setter" auftreten will, oder ob sie sich in erster Linie für intakte Familien mit Kindern als Leitbild einsetzen will.

Die RPS bejaht diese Frage in aller Form, wobei es den Ehepartnern selbst überlassen ist, wie sie ihre Elternrolle wahrnehmen. Eine zentrale Rolle kommt dabei dem Wohl der Kinder zu. Die geringe Fortpflanzung, die hohe Zahl zerrütteter Ehen und das rücksichtslose



Übergehen elementarer Interessen verheisst nichts Gutes. Alle politisch radikalen Systeme haben die Trennung der Kinder von den Eltern angestrebt oder bewirkt, die Gesellschaft ihren Zielen zu unterwerfen.

Es ist der RPS klar, dass die erwähnten Ziele bezüglich der Vermögens- und auch der Familienpolitik nicht neu sind.

In gewissen Bereichen sollten aber die Förderungsmassnahmen ganz anders und mit viel mehr Nachdruck angepackt werden.

- Die knappen finanziellen Ressourcen und die Anforderungen an die Spitzenmedizin zeigen die Grenzen des Föderalismus in aller Deutlichkeit. Dasselbe gilt für die Forschung. Vermehrt sind alternative und ganzheitliche Formen der Medizin zu fördern. Diese Reformen sind nicht nur von der Forschung, sondern auch von der Sozialpolitik anzugehen.
- Die Integration der Randgruppen in die Gesellschaft, dasselbe gilt für die jungen und alten Mitbürger, für die Ausländer und für die aufgenommenen Asylanten, liegt im Interesse der Gesellschaft. Insbesondere gilt es, den internationalen und europäischen Menschenrechts-Konventionen und Chartas auch in der Schweiz Rechnung zu tragen. Neben den staatspolitischen kommen hier auch die sozialpolitischen Aspekte zum Tragen. Auch Herr und Frau Schweizer sind nicht in der Schweiz, sondern auf der Welt geboren worden. Die unübersehbare Erosion und "Verluderung" der Gesellschaft mit all ihren Aspekten kann nur durch intakte Familien aufgehalten werden. An ihr haben sich die sozialpolitischen Postulate zu orientieren. (Zum Teil bezieht sich das Thema auch auf den Bereich Bürger/Staat).

- Die familienorientierte Gesellschafts- und Sozialpolitik der RPS anerkennt andererseits, dass der Mensch in eine soziale Situation hineingeboren wird. Die sich daraus ergebenden Konfliktsituationen, insbesondere in Bezug auf das Verhältnis zwischen Mann und Frau, sind individuell, partnerschaftlich, aber ohne "Gleichschaltungsallüren", zu lösen.

Die Schweiz hat sich als offenes und damit ausländer- und asylantenfreundliches Land zu verstehen und diese Tradition zu bewahren. Allfälligen Missbräuchen ist allerdings - wenn möglich mit der EU - entgegenzutreten.

Die RPS verlangt, dass die Monopole (z.B. Post, Swisscom, Strommarkt) aufgehoben und monopolistische Machtkonzentrationen vermehrt dem Wettbewerb auszusetzen sind. Dies hat aber im Rahmen der sozialen, ökologisch und nachhaltig orientierten Marktwirtschaft zu geschehen.

#### **4. Bildung und Forschung**

- Die beschränkten finanziellen Ressourcen sollten vermehrt konzentriert und vor allem auch weniger für die entsprechenden Verwaltungsaufwendungen eingesetzt werden. Es gilt, die europäische und internationale Zusammenarbeit in der Forschung zu fördern. Das Denken und Handeln in Durchschnittskategorien im schweizerischen Bildungssystem und auch ein falsches "Demokratieverständnis" können sich äußerst negativ auf die Forschungsvorhaben auswirken. Selbstverständlich sollten die universitäre Forschung und Ausbildung in einem gewissen Verbund stehen. Die universitäre Forschung

betreibt vor allem Grundlagenforschung. Die private Wirtschaft steht der angewandten Forschung viel näher. In aller Form abzulehnen ist die Pseudogrundlagenforschung und Ausbildungsarbeit an privat finanzierten Universitätsinstituten. Die Forschungstätigkeit ist entweder durch die öffentliche Hand nicht mehr zu finanzieren, oder sie verbessert ihre Qualität nach vorzugebenden Leistungskriterien.

- Die Berufsausbildung, gleichgültig auf welchem Niveau, ist von zentraler Bedeutung. Ein sehr gutes höheres berufliches Ausbildungsniveau ist das beste Instrument gegen die “Verakademisierung” und “Verwissenschaftlichung” unseres Lebens. Der Berufs- und insbesondere die höhere Berufsausbildung sollten neben der praktischen Ausbildung auch allgemeinbildende Elemente enthalten. Es gilt, unter anderem das Verständnis für künstlerische, gesellschaftliche und interdisziplinäre Probleme zu fördern. Diese Feststellungen sind im allgemeinen und mit Ausnahme eines allzu frühen Nützlichkeitsdenkens unbestritten. Hingegen liegt die Struktur des Ausbildungswesens im Argen.

Ähnlich wie im Mittelalter die Zünfte mit ihrem Ausbildungsmonopol besitzen vor allem die Verbände ein vom Staat delegiertes Trägerschaftsmonopol an Prüfungen. Andere Verbände müssen zwar ebenfalls zugelassen werden. Daraus entsteht höchstens ein Wettbewerb zwischen Trägern von Lehrgängen, die zur selben Prüfung führen. Da diese Prüfungen indessen die Vorbereitungskurse prägen, wird die Konkurrenz zwischen den Lehrgängen weitgehend ausgeschaltet.

Das ganze berufliche Bildungssystem ist von dieser Fehlentwicklung zu befreien, an der auch eine wirklichkeitsfremde Modularisierung nichts ändert. Die Verordnung zum neuen Berufsbildungsgesetz ist sofort zu ändern und auf die Förderung von Innovationen, vor allem im

höheren Ausbildungsbereich, auszurichten.

## **5. Bürger und Staat**

- Schweizerinnen und Schweizer haben grundsätzlich ein gutes, wenn auch zwiespältiges Verhältnis zu “ihrem Staat”. Das Fehlen einer Verfassungsgerichtsbarkeit und bis vor kurzem auch der Verwaltungsgerichtsbarkeit lassen auf ein schrankenloses Vertrauen schliessen. Andererseits werden in der direkten und halbdirekten Demokratie den Behörden nicht einmal Kompetenzen abgetreten. Jedermann will überall dreinreden können. Offensichtlich besteht auch ein gewisses Misstrauen den Behördevertretern gegenüber.

Wie immer man dieses Verhältnis beurteilt, gilt es vor allem

- den Perfektionismus zu bekämpfen, mit dem der Staat dem Bürger gegenüber tritt. Man bekommt den Eindruck, in der Schweiz kolonialisiere man sich mangels der Unfähigkeit, grössere Aufgaben wahrzunehmen und diese zu Ende zu führen. Man beschränkt sich auf kleinliche Details. Selbstverständlich gibt es auch hier Ausnahmen, welche die Regel bestätigen. Die “Randsteinkultur” mit ihrer unübersichtlichen Zahl von Gebühren aller Art dürfte etwa 10% einer durchschnittlichen Steuerbelastung ausmachen. Die Tatsache, dass dieser Perfektionismus auch positive Aspekte aufweist, ändert nichts an der Grundaussage.
- Es gilt, der Entfremdung des Bürgers vom Staat entgegenzutreten. Dabei ist in erster Linie beim Bürger anzusetzen. Die Aussage “Man könne sowieso nichts machen”, geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Bereits im Elternhaus und nachher in der

Schule, auf allen Stufen der Entwicklung, sollte die Erkenntnis vermittelt werden, dass der Staat kein Selbstbedienungsladen ist, von dem es möglichst viel zu profitieren gilt. Diesbezüglich lässt unser Ausbildungswesen viele Wünsche offen. Andererseits hat insbesondere die staatliche Verwaltung vor allem davon auszugehen, dass sie für den Bürger da ist und nicht umgekehrt. Schikanöser Perfektionismus und stures Verhalten der Verwaltung sind vollkommen kontraproduktiv und lassen das gesunde Augenmass vermissen.

- Der Bürger sollte sich mit "seinem Staat" identifizieren können. Dies ist aber nur möglich, wenn die Politik und ihre Exponenten ein Verhalten zeigen, das von ethischen Standards getragen wird. Wenn ein Staat - z.B. die Schweiz - mit einem anderen Staat politische und wirtschaftliche Verträge abschliesst, der das Völkerrecht und die Menschenrechte mit Füßen tritt, und mit der Bibel in der Hand Angriffskriege führt und plant, dann ist etwas faul "im Staate Dänemark", das heisst in der Gesellschaft. Intakte Familien und mutige Werteträger sind gefragt, die den Mut und die Substanz haben, dem Modetrend, der allgemeinen Passivität und der propagierten Charakterlosigkeit entgegenzutreten. Der passive Massensport mit seinen Begleiterscheinungen wird dann den Verlauf des Zerfalls begleiten.

Diese Feststellungen bezüglich Bürger und Staat sind nicht neu, aber höchst aktuell. Eine Reform Partei, die sich an den praktisch zu lösenden Problemen orientiert, schaut nach vorwärts, in die Zukunft. Dies heisst aber nicht, dass sie die Vergangenheit und die Traditionen verleugnet. Gerade in der schweizerischen politischen Kultur gibt es zahlreiche und grundlegende positive Ansätze. Wir erwarten indessen, dass diese positiven Elemente nicht im Heimatmuseum konserviert, sondern vor

allem in der sich bildenden Europäischen Gemeinschaft eingebracht werden.